



Bundesministerium für Soziales und
Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T +43 (0)5 90 900-DW | F +43 (0)5 90 900-3588
E sp@wko.at
W <http://wko.at/sp>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
40101/0012-IV/5/2007

Unser Zeichen, Sacharbeiter
Sp 464/01/Mag. AH/ML
Mag. Anna Katharina Huber

Durchwahl
4489

Datum
31.10.2007

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz und das Heeresversorgungsgesetz geändert werden, Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich bedankt sich für die Übermittlung des gegenständlichen Entwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Vereinheitlichung des Sozialentschädigungsrechts ist im Sinne einer besser überblickbaren Rechtslage und der Gleichbehandlung grundsätzlich zu begrüßen. Die geplanten Neuerungen sehen allerdings ausschließlich Verbesserungen zugunsten der geschädigten Personen vor. Eine Vereinheitlichung, um Rechtsvereinfachung zu erreichen, kann auch kostenneutral vorgenommen werden.

Für die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen fehlt aus unserer Sicht die Grundlage im Regierungsprogramm. Die Wirtschaftskammer Österreich lehnt daher den Begutachtungsentwurf ab.

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Freundliche Grüße

Dr. Reinhold Mitterlehner
Generalsekretär-Stv.